

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Gemeinden verfügen über beträchtliche Finanzierungsreserven

Die Regierung möchte die nicht zweckgebundenen Finanzierungsbeiträge auf 20 Prozent beschränken – Steigerungsrate 9,3 Prozent

Die Gemeinden verfügen heute in ihrer Gesamtheit, so schreibt die Regierung in ihrem Budgetbericht an den Landtag, über beträchtliche Finanzierungsreserven. Eine Analyse über die verfügbaren Gemeindefinanzen für das Jahr 1984 habe ergeben, dass die greifbaren Mittel aller Gemeinden die Schuldverpflichtungen um über 80 Millionen Franken übertrifft, was als «echtes Reservekapital» gewertet werden könne. Auch wenn noch nicht alle Jahresrechnungen für 1985 vorlägen, so sei doch anzunehmen, dass sich die Reserven der Gemeinden weiter erhöht hätten. Aus diesem Grund schlägt die Regierung dem Landtag eine Senkung des Anteils an den Steuer- und Abgabenerträgen auf den niedrigsten Satz von 20 Prozent vor.

Nach dem Steuergesetz stehen den Gemeinden zur Bestreitung ihrer Aufgaben ein Anteil von zwei Dritteln aus den Erträgen der Grundstückgewinn-, der Kapital- und Ertragssteuer sowie aus den übrigen staatlichen Steuereinnahmen ein Anteil zwischen 20 bis 35 Prozent zu. Nachdem Regierung und Landtag in den letzten Jahren diesen Anteil sukzessive gesenkt haben, der Finanzausgleich aber dennoch auf über 50 Millionen Franken anstieg, schlägt die Regierung für 1987 den gesetzlich niedrigsten Anteilssatz von 20 Prozent vor. Den Gemeinden werden nach diesen Budgetberechnungen insgesamt 47,2 Millionen Franken (Budget 1986: 43,2 Millionen Franken) zufließen.

## Amtsleiter als Privatinstruktor

Wenn in- oder ausländische Organisationen oder Institutionen in unserem Land tagen, so werden oft Leiter von Ämtern beauftragt, ein Referat über das Fürstentum Liechtenstein oder über ihren Tätigkeitsbereich zu halten. Was aber, wenn eine private Instruktorenschule für Kader-Verkäufer für zwölf Kurse im kommenden Jahr einen Amtsleiter als Instruktor verpflichtet?

«Wenn die Umstände schwierig sind und Aussergewöhnliches geleistet werden soll», wie es in der Firma-Werbung heisst, dann ist offenbar der Leiter der Motorfahrzeugkontrolle, «Ex-Autorennfahrer» Manfred Schurti, der richtige Mann.

Doch die Regierung als Arbeitgeber weiss, wie Regierungschef Hans Brunhart auf eine entsprechende Frage erklärte, von dieser Sonderverpflichtung nichts. Grundsätzlich, so schränkte der Regierungschef ein, sei eine derartige Tätigkeit mit der Stellung als Amtsleiter nicht vereinbar, doch möglicherweise habe das Amt für Personal seinen Segen für diese ausserdienstliche Verpflichtung gegeben.

## Neue Abrüstungsgespräche im Dezember in Genf

Moskau (AP) Von sowjetischer Seite sind am Dienstag Berichte amerikanischer Regierungskreise über bevorstehende Rüstungskontroll-Sonderberatungen bestätigt worden. Wie Chefunterhändler Viktor Karpow auf einer Pressekonferenz in Moskau mitteilte, haben die USA dem sowjetischen Wunsch für ein solches Treffen Anfang Dezember in Genf zugestimmt. In Washington hatte es am Montag abend geheissen, die Begegnung werde vom 2. bis 5. Dezember stattfinden. Die amerikanische Delegation werde von Chefunterhändler Max Kampelman, die sowjetische von Karpow geleitet werden, war ferner verlautet. Dem Vernehmen nach ist eine weitere derartige Gesprächsrunde für Anfang Januar vorgesehen.

Die nächste Runde der eigentlichen Genfer Abrüstungsverhandlungen wird voraussichtlich Mitte Januar beginnen.

was gegenüber dem laufenden Budget einer Steigerungsrate von 9,3 Prozent entspricht.

### Unrealistisch budgetiert?

In den letzten paar Finanzjahren haben sich die für den Finanzausgleich an die Gemeinden erforderlichen Mittel jeweils so stark über die budgetierten Zahlen ausgeweitet, dass wohl niemand fehl in der Annahme geht, wenn er die von der Regierung veröffentlichte Budgetierung in diesem Bereich anzweifelt. Trotz der Verringerung der Partizipationsätze, heisst es im Regierungsbericht, stieg der Mittelbedarf für die Finanzausgleichungen von 43,6 Millionen Franken im Jahre 1984 auf 51,8 Millionen Franken im Rechnungsjahr 1985 an. Und auch im laufenden Jahr dürfte sich nach Berechnungen der Regierung das Ausgleichsvolumen – bei budgetierten Zuweisungen an die Gemeinden von 43,2 Millionen Franken – in der Grössenordnung von 50 Millionen Franken bewegen, da erhebliche Mehreinnahmen bei den Steuer- und Abgabenerträgen absehbar seien. Die Reduktion des Zuweisungssatzes auf 20 Prozent dürfte wohl kaum dazu führen, dass die Finanzausgleichungen im nächsten Jahr unter der 50-Millionen-Franken-Grenze liegen werden.

der Ausgaben von 7,2 Prozent, aber ungefähr auf der gleichen Höhe wie die erwartete Zuwachsrate der Fiskaleinnahmen. Gegenüber dem Voranschlag des laufenden Jahres rechnet die Regierung mit einer Zunahme der Anteile aus der Kapital- und Ertragssteuer um 3 Millionen Franken auf 18 Millionen Franken, während die Grundstückgewinnsteuer unverändert mit 3 Millionen Franken kalkuliert wird. Der Anteil der Gemeinden an den übrigen Abgabenerträgen werden um 1 Million Franken höher als im Vorjahresbudget veranschlagt, was 26,2 Millionen Franken ergibt. Gesamthaft fließen also, wenn die Einnahmentwicklung budgetkonform verläuft, den Gemeinden über den Finanzausgleich 47,2 Millionen Franken zu. (G. M.)

### Zuwachs von 9,3 Prozent

Gesamthaft geht die Regierung von einer Zuwachsrate der Ausgleichsmittel von 9,3 Prozent gegenüber dem Voranschlag 1986 aus. Die Steigerungsrate liegt damit über der allgemeinen Steigerung

## Vorbereitung auf Gemeinderats- und Vorsteherwahlen

Der FBP-Vorstand traf sich erneut zu einer Sitzung mit wichtigen Traktanden – Nulltarif diskutiert

Die seit einiger Zeit regelmässigen Sitzungen des FBP-Vorstandes gelten in erster Linie der Neubestellung des FBP-Präsidiums sowie den Vorbereitungsarbeiten für die Vorsteher- und Gemeinderatswahlen im Januar 1987. Am Montag abend, als sich der Vorstand zu einer weiteren Sitzung in Schaan traf, wurde ausserdem die Nullnummer eines internen Informationsblattes diskutiert, die Adverts- und Weihnachtsaktion besprochen und die geplante Versuchsphase für den Nulltarif bei den öffentlichen Verkehrsmitteln erörtert.

Über die nach der Sommerpause intensivierten Bestrebungen der jetzigen Parteiführung zur Bildung eines neuen Parteipräsidiums berichtete FBP-Interimspräsident Josef Biedermann, nach dessen Worten die Wahl des neuen Parteipräsidenten am kommenden Parteitag erfolgen soll. Über den Zeitpunkt des Parteitages allerdings herrschten vorerst noch unterschiedliche Auffassungen: Während die einen den Parteitag mit der Wahl des neuen Präsidenten noch vor Weihnachten durchführen möchten, vertraten andere Mitglieder des FBP-Vorstandes die Auffassung, der Parteitag könne am besten

kurz vor den Gemeinderats- und Vorsteherwahlen durchgeführt werden. Eine endgültige Entscheidung wird anlässlich der nächsten Sitzung des FBP-Vorstandes fallen.

### Gemeinderatswahlen 1987

Breiten Raum innerhalb der Sitzung des FBP-Vorstandes nahmen die Erörterungen über die Vorbereitungsarbeiten für die Vorsteher- und Gemeinderatswahlen im kommenden Januar ein. Zur Diskussion stand unter anderem ein Werbekonzept, das unter Berücksichtigung der örtlichen Eigenheiten in allen Gemeinden zum Einsatz kommen soll. Im weiteren wurden die Daten für die Ortsgruppenversammlungen, die den Nominierungen der Kandidatinnen und Kandidaten dienen, koordiniert. Schliesslich wurde auch die VU-Motion zur Abänderung der Ausschlussgründe für die Gemeindevertretung diskutiert und mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass für die Wahlen 1987 noch keine Änderung eintreten werde. Der FBP-Vorstand vertrat allgemein die Auffassung, dass die Gemeinden vor einer Änderung der diesbezüglichen Bestimmungen in ein Ver-

nehmlassungsverfahren einbezogen werden müssen.

### Versuchsphase Nulltarif

Nach der Vorstellung einer Nullnummer für einen internen Informationsdienst und einem Rückblick auf das von der Jungen FBP organisierte Mandatentreffen äusserten sich die Vorstandsmitglieder auch zur geplanten Versuchsphase mit Nulltarif für die Postautos. Unbestritten scheint die Auffassung zu sein, dass der öffentliche Verkehr in unserem Land vermehrt gefördert werden sollte.

Bedenken wurden aber laut hinsichtlich der relativ kurzen Versuchsphase von nur sechs Monaten. Zudem wurde die Frage gestellt, ob in der noch zur Verfügung stehenden Zeit – die VU forderte den Beginn des Nulltarifs auf den 1. Januar 1987 – die Umstellung auf den Nulltarif überhaupt möglich sei. Allgemein vertraten die FBP-Vorstandsmitglieder die Auffassung, dass Verbilligungen nicht genügen, sondern auch Verbesserungen beim Fahrplan und beim Fahrkomfort notwendig seien, um den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen.

## Mittel für Strassenbau-Programm 1987 gekürzt

Landtag stimmte dem beantragten Rahmenkredit von 4,2 Millionen Franken zu

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom Mittwoch vergangener Woche das von der Regierung vorgelegte Strassenbau-Programm 1987 einstimmig genehmigt und dem dafür notwendigen Rahmenkredit in Höhe von 4,2 Millionen Franken seine Zustimmung erteilt. Die Reduktion des Betrages, die angesichts der derzeitigen Hochkonjunkturlage und erheblicher Ausgaben im Hochbaubereich von Abgeordneten beider Fraktionen begrüssigt wurde, ist laut Regierungsbericht bewusst vorgenommen worden, weil sich die Sanierung des Tunnels Gnalp-Steg als vorrangig erwiesen hat.

Die 4,2 Millionen Franken werden für die Verbesserungen von Teilbereichen des Strassennetzes und für Strassenneubauten mit Einschluss der Aufwendungen für Bodenauflösungen benötigt. Vom Rahmenkredit entfällt ein Teilbetrag von 1,070 Millionen Franken auf die Weiterführung von sechs laufenden Projekten, während für zwei neue Strassenprojekte Investitionen im Betrag von zwei Millionen Franken vorgesehen sind. Dabei handelt es sich einerseits um den Ausbau der Strasse Bendorf-Ruggell, einschliesslich der Weiterführung des bestehenden Radweges, und andererseits um den Ausbau der Strasse Triesenberg-Steg (Teilstück Rizlina-Tunnel).

Ausbau des Radwegnetzes begrüssigt – Landtagsvizepräsident Josef Büchel (FBP) zeigt sich vor allem erfreut über

den weiteren Ausbau des Rad- und Fussweges von Bendorf in Richtung Ruggell (Teilstück Bendorerkreuzung-Mühlestrasse). Allerdings schien ihm wichtig, dass die Fortsetzung des Radweges baldmöglichst vorangetrieben werde, denn am Ende der nun geplanten Ausbaustrecke nach Ruggell befindet sich die unübersichtlichste und damit für die Radfahrer auch gefährlichste Stelle. Der Abgeordnete Louis Gassner (FBP) sprach die Überlegung aus, den 2,5 Meter breiten Grünstreifen auf dieser Ausbaustrecke etwas zu reduzieren und dafür einen separaten Fussweg, d.h. ein Trottoir neben dem Radweg zu erstellen. Generell bedeutend schien ihm aber auch, dass die Gemeinden bei der Planung künftiger Verkehrsbauprojekte wie auch bei der Planung von lenkenden Massnahmen Strassenverkehrspläne erstellen und diese dann mit dem Land abstimmen sollten.

Der Abgeordnete Günter Wohlwend (VU) nannte in der Debatte die Möglichkeit, bei der Abzweigung in Richtung Gamprin eine Radweg-Unterführung zu erstellen. Regierungschef Hans Brunhart verwies diesbezüglich darauf, dass Radweg-Unterführungen nur bei unübersichtlichen Stellen vorgesehen seien. Gewisse Bedenken hinsichtlich der Verkehrssicherheit nannte Wohlwend ausserdem beim Ausbau der Kohlplatz-Kreuzung in Eschen, die jedoch vom Regierungschef mit dem Hinweis entkräftet

wurde, dass die Einfahrt nach Eschen in eine Nebenstrasse umklassiert worden sei. Was die genannten Probleme für Postautos betreffe, so entspreche die Strassenkorrektur den PTT-Vorschriften, wie der Regierungschef ausführte.

### Strassen nicht nach Konjunkturlage bauen

Der Abgeordnete Johann Kindle (FBP) gab der Hoffnung Ausdruck, dass dieses reduzierte Bauprogramm zur Tugend werde und man nicht wieder, je nach Lage der Baukonjunktur, in frühere Zeiten zurückfalle. Strassen sollten inskünftig vielmehr nach umfassender Abklärung hinsichtlich deren Umweltverträglichkeit, Sicherheit und unbedingtem Bedürfnisse gebaut werden. Die von ihm angesprochenen Postautohaltestellen an der Landstrasse Triesenberg-Balzers werden nach Auskunft des Regierungschefs realisiert. Des weiteren sollte nach Meinung von Johann Kindle beim Ausbau der Strecke Triesenberg-Steg darauf geachtet werden, dass nur die grössten Engpässe beseitigt und sich nicht scheinbar protzige Kunstbauten in die Landschaft fressen würden. Alfons Schädler (VU) erkundigte sich schliesslich nach der Strassensanierung im Oberufer in Triesenberg, die laut Brunhart nicht erste Priorität habe, während Beat Hasler (VU) den schlechten Belag auf der Strasse zum Zollamt Ruggell/Nofels durch einen neuen ersetzt haben wollte.

## KOMMENTAR

Bei aller Unterschiedlichkeit im Einnahmen- und Ausgabenverlauf von Gemeinde zu Gemeinde, teilt die Regierung in ihrem Bericht zum Budget 1987 dem Landtag und der Öffentlichkeit mit, seien den Gemeinden in den letzten Jahren «erheblich mehr Mittel zur Verfügung gestanden, als für die Finanzierung der aus der Aufgabenerfüllung erwachsenden Ausgaben-

### Keine Zeit gehabt

verpflichtungen notwendig war». Der Staat reduzierte zwar angesichts dieser Entwicklung jedes Jahr in einem Teilbereich die kommunale Anteilsquote, doch die Aufwendungen für den Finanzausgleich stiegen Jahr für Jahr höher.

Es liegt eben nicht nur am erfreulichen Einnahmenverlauf, dass der Finanzausgleich überproportional ansteigt, sondern am System des Finanzausgleichs. Und dieses System ist seit den Tagen, als die Union während ihrer ersten Regierungsphase den Staatshaushalt mit einem Goldesel verglich, mehrfach geändert worden. Doch zu mehr als Flickwerk reichte es nicht aus, aber immerhin zu der periodisch erfolgten Verlautbarung, die Regierung arbeite an einem neuen System für den Finanzausgleich.

Die meisten Gemeinden sind dem Finanzminister wohl nicht allzu gram, weil er seit 1978 noch nicht die Zeit gefunden hat, den Finanzausgleich – wie versprochen – zu ändern. Sie werden höchstens bei der Budgetierung jeweils etwas geschockt, wenn sie die nackten Zahlen des tiefer gesetzten Finanzausgleichs sehen. Doch bei näherem Hinsehen erkennen sie sicher schnell, dass die budgetierten Zahlen ohnehin nicht stimmen. Die Zahlen liegen immer höher. (G. M.)

## Über 1000 Aufenthaltsbewilligungen

Im laufenden Jahr wurden über tausend Aufenthaltsbewilligungen neu erteilt. Wie aus der Ausländerstatistik hervorgeht, sind zwischen Jahresanfang und dem 31. August insgesamt 1141 erstmalige Bewilligungen erteilt worden, wovon 800 an Saisonarbeiter.

Die restlichen Bewilligungen verteilen sich auf 215 erwerbstätige Jahresaufenthalter, 33 nichterwerbstätige Angehörige von Erwerbstätigen, sieben Rentner und sechs Praktikanten.

## Brunhart in Strassburg

(pafl) – Am 19./20. November 1986 findet in Strassburg die 79. Sitzung des Ministerkomitees des Europarates auf Ebene der Aussenminister statt. Liechtenstein wird an diesem Treffen durch den Ressortinhaber «Äusseres», Regierungschef Hans Brunhart, vertreten.

Auch für Sie haben wir den passenden Fernseher in Ihre Wohnung.

**Farbfemseher**

von sFr. 490.- bis sFr. 3290.-

Mediator, LOEWE, Mediator, LOEWE, Mediator, LOEWE

Essenstr. 379  
FL-9492 Eschen  
Tel. 075-314 65

**A&K Kind**

Ihr Partner für:  
Video, TV, HiFi,  
Computer